

Position

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **80 (2000)**

Heft 11

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ulrich Pfister

ARMEEHALBIERUNG – EINE TRICKREICHE UMVERTEILUNGSINITIATIVE

Dem Schweizer Souverän steht am 26. November erneut ein schwerbefrachteter Urnengang bevor. Neben dem Referendum zum neuen Bundespersonalgesetz locken vier Volksinitiativen mit Versprechungen – zweimal flexibles und *de facto* tieferes Rentenalter, Reduktion der Spitalkosten und Sparen beim Militär zugunsten von Friedensarbeit und Ersatz von Arbeitsplätzen –, deren finanzielle, wirtschaftliche und politische Auswirkungen jedoch von Bundesrat und Parlament als untragbar und schädlich beurteilt werden. Fünfmal «Establishment» gegen «Opposition» also, und zwar in durchwegs komplexen Politikfeldern. Für Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die sich nicht einfach an Parolen und Schlagzeilen orientieren, sondern sich selbst ein Bild machen wollen, zum vierten Mal in diesem Jahr eine nahrhafte Aufgabe.

Wie vielfältig und auch wie trickreich derartige oppositionelle Volksbegehren daher kommen können, lässt sich am Beispiel der sogenannten Umverteilungsinitiative – «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» – veranschaulichen, die im Grunde genommen die verfassungsmässige Kompetenzordnung genau so unterläuft wie ihre als ungültig erklärte Vorgängerin. Was gäbe das für ein Geheul auf der Linken, wenn solche in der Verfassung festgeschriebene willkürliche Budgeteingriffe in anderen Bereichen gefordert würden! Auf den ersten Blick wiederholt sich das Ritual der Initiativen gegen die Landesverteidigung – bis hin zur Abschaffung der Armee. Auf dieser Ebene findet denn auch der Aufmarsch der Gegner statt. Ihr Handicap besteht darin, dass sie sich für eine im Umbruch befindliche Armee, die noch keine klaren Konturen hat, wehren müssen. Auf der anderen Seite können sie auf die in den letzten Jahren vorgenommenen Anpassungen der Sicherheitspolitik an die internationale Lage hinweisen, die neue Akzente gerade in der internationalen Zusammenarbeit zur Konfliktverhütung und Friedensförderung gesetzt hat. Gleichzeitig wurden im Bereich der militärischen Landesverteidigung erhebliche Einsparungen erzielt.

Die Initianten könnten dieser Entwicklung applaudieren und sich daran einige Verdienste anrechnen lassen. Sie müssten aber erkennen, dass ihr Konzept, das den Geist der achtziger Jahre widerspiegelt, überholt ist und eine völlig kontraproduktive Konfrontation provoziert. Mehrere Voten der im Parlament geschlossen auftretenden SP-Prominenz verrieten denn auch ein spürbares Unbehagen. Aber so leicht lässt man sich die Gelegenheit einer populistischen Aktion nicht entgehen. Zum einen lässt sich der pazifistische Flügel nicht davon überzeugen, dass die von dieser Seite angestrebten Ziele Bestandteile einer umfassenden Sicherheitspolitik sein müssten – lieber verbündet man sich mit der Auns in der Opposition gegen bewaffnete Auslandseinsätze. Zum andern sind die aus der Halbierung der Militärausgaben resultierenden Milliarden, die eben nicht gespart, sondern für andere Zwecke umverteilt werden sollen, zu verführerisch, auch für traditionelle Sozialdemokraten und Grüne. Mit einer Milliarde sollen die durch die Radikalkur eliminierten durch neue Arbeitsplätze ersetzt werden – wie und wo der Staat dies bewerkstelligen soll, bleibt im Dunkeln. Ebenso die Verwendung von Hunderten von Millionen für Friedensarbeit und generell für Soziales. Mit der grossen Kelle, aber ohne begründete Vorstellungen wird hier durch einen Verfassungsartikel Geld in Aussicht gestellt – notabene ein Mehrfaches dessen, was für die Solidaritätsstiftung vorgesehen ist –; man kann sich die homerischen Budgetdebatten aufgrund solcher unklaren und unseriösen Vorgaben lebhaft vorstellen.

Wie immer bei Abstimmungskämpfen ist es unmöglich, die in diese Initiative mitverpackten fragwürdigen Finessen und Hintergedanken im Detail auszuleuchten und darüber zu debattieren. Letztlich wird es auf einen Schlagabtausch für und gegen die Armee hinauslaufen. Die Initianten dürfen sich nicht beklagen, dass gegen ihre Provokation einer halbierten Armeeabschaffung ebenso grobes Geschütz aufgefahren wird. Wollte man nämlich differenzieren, müsste man von einer Mogelpackung sprechen. ♦